

Rechenschaftsbericht

2017

6.1 Einleitung, Ziele und Strategien

Einleitung

Die Stadt Karlsruhe stellt nach § 95 GemO in Verbindung mit den §§ 47 ff. der GemHVO zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres nach den Grundsätzen der ordnungsmäßigen öffentlichen Buchführung einen Jahresabschluss auf, dessen Bestandteile die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung und die Vermögensrechnung (Bilanz) sowie der Anhang sind. Darüber hinaus ist ein erläuternder Rechenschaftsbericht beizufügen.

Ziele und Strategien

Die im **Haushaltsstabilisierungsprozesses** – HSPKa – erreichten Ergebnisverbesserungspotentiale greifen nunmehr erstmalig vollumfänglich. Auch Dank der bis in das Jahr 2025 hochgerechneten Verbesserungen von zusammen rund 220,0 Mio. Euro kann der Ergebnishaushalt in 2017 bis einschließlich 2021 mit positiven Ergebnissen geplant werden. Die hieraus erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschüsse legen – wie von der Rechtsaufsichtsbehörde gefordert – den Grundstock zur Finanzierung der Investitionen in die städtische Infrastruktur. Mit dem Wissen, dass in den nächsten Jahren Investitionen mit einem Investitionsvolumen von jährlich über 200 Mio. Euro notwendig sind, ist ein positives Ergebnis im Ergebnishaushalt auch weiterhin notwendig, zumal ab dem Haushaltsjahr 2022 für den Bau der „Kombilösung Karlsruhe“ auch aus dem städtischen Haushalt finanzielle Beiträge geleistet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass das Thema Haushaltsstabilisierung zur Daueraufgabe wird. Die erarbeiteten und auch künftig weiter zu entwickelnden strukturellen Veränderungen, insbesondere auch in den verschiedenen städtischen Arbeitsgruppen, tragen letztendlich dazu bei, einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt sicher zu stellen, „Luft“ für notwendige Investitionen zu schaffen sowie einen sprunghaften Anstieg der Verschuldung und damit eine Einschränkung der künftigen Handlungsspielräume zu vermeiden.

Die Einführung der **IQ-Arbeitsweise** – „IQ“ steht für „innovativ“ und „quervernetzt“ – wurde nach einem durchgeführten Ziel- und Strategieprozess auch unter Einbindung des Gemeinderates final von diesem am 27. Juni 2017 beschlossen. Ziel der IQ-Arbeitsweise ist es, bei komplexen und stark vernetzten Vorhaben, hierarchiefreier, zielgruppenorientierter und unter frühzeitiger Einbindung der unterschiedlichen internen und externen Akteure zu arbeiten. Die Arbeitsweise orientiert sich dabei an folgenden Themenkorridoren:

Zukunft Innenstadt	Dezernat 1, Herr OB Dr. Mentrup
Moderne Verwaltung	Dezernat 2, Herr EBM Jäger/Herr BM Dr. Käuflein
Soziale Stadt	Dezernat 3, Herr BM Lenz
Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt	Dezernat 4, Frau BM Luczak-Schwarz
Grüne Stadt	Dezernat 5, Herr BM Stapf
Mobilität	Dezernat 6, Herr BM Obert

Die IQ-Arbeitsweise ist zudem mit einem „Regelwerk“ hinterlegt, das in Verfahrensfragen Klarheit schafft und durch die zentralen Akteure auf Dezernats- und Amtsebene erarbeitet wurde. Der Einsatz neuer Arbeitsmethoden und Herangehensweisen (zum Beispiel Design Thinking, User Storys, Personas, Scrum, Kanban) trägt zur Umsetzung der IQ-Arbeitsweise bei. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Kommunikation nach innen und außen. Die Kommunikation nach außen wird durch die bewährten Kanäle (karlsruhe.de, Pressearbeit, Live-Formate, Bürgerbeteiligung) gewährleistet und durch spezielle Maßnahmen und Kampagnen von externen Dienstleistern, wie etwa Agenturen, unterstützt. Ein wichtiges Hilfsmittel um die interne Transparenz herzustellen und die quervernetzte Arbeitsweise in den Projektteams zu gewährleisten, ist zudem das digitale IQ-Portal, das im Rahmen des neuen Mitarbeiterportals aufgebaut wird.

6.2 Jahresergebnis, Vermögens- und Kapitalstruktur, Kennzahlen

	IST In Euro	PLAN In Euro	Differenz In Euro
Ordentliche Erträge	1.435.942.630,68	1.274.088.484	161.854.146,60
Ordentliche Aufwendungen	-1.252.083.645,42	-1.240.819.765	-11.263.880,41
Ordentliches Ergebnis	183.858.985,26	33.268.719	150.590.266,19
Außerordentliche Erträge	17.353.620,73	3.000.000	14.353.620,73
Außerordentliche Aufwendungen	-10.944.249,70	-1.500.000	-9.444.249,70
Sonderergebnis	6.409.371,03	1.500.000	4.909.371,03
Jahresergebnis	190.268.356,29	34.768.719	155.499.637,22
Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	233.142.466,43	84.776.352	148.366.114,07
Saldo aus Investitionstätigkeit	-102.750.215,74	-150.395.560	47.645.344,27
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-16.290.343,32	60.740.680	-77.031.023,32
Finanzierungsmittelbestand	114.101.907,37	-4.878.528	118.980.435,02

	31.12.2017 In Euro	31.12.2016 In Euro	Differenz In Euro
Vermögen	3.007.855.521,67	2.810.219.063,05	197.636.458,62
Eigenkapital	2.247.960.051,10	2.057.842.344,31	190.117.706,79
Sonderposten	402.615.073,57	388.692.697,64	13.922.375,93
Rückstellungen	165.895.563,77	157.585.149,00	8.310.414,77
Verbindlichkeiten aus Krediten	190.027.730,80	186.112.007,13	3.915.723,67

Die Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 190,27 Mio. Euro ab. Gegenüber dem für 2017 geplanten Jahresüberschuss von 34,77 Mio. Euro stellt das Jahresergebnis eine Verbesserung von 155,50 Mio. Euro dar.

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis 2017 schließt mit einem Überschuss von 183,86 Mio. Euro ab. Den Mehrerträgen bei den ordentlichen Erträgen in einer Größenordnung von 161,85 Mio. Euro stehen lediglich Mehraufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen von 11,26 Mio. Euro gegenüber. Dies führt in Summe zu einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses gegenüber der Planung von 150,59 Mio. Euro. Insgesamt übersteigen damit die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen um 183,86 Mio. Euro, so dass der Haushaltsausgleich nach § 80 Abs. 2 Satz 2 GemO und § 24 Abs. 1 GemHVO bereits auf der ersten Ausgleichsstufe erreicht wurde.

Erträge

Die Steuern und ähnlichen Abgaben liegen 129,56 Mio. Euro deutlich über dem veranschlagten Haushaltsansatz. Das ist in erster Linie auf Mehrerträge bei der Gewerbesteuer in einer Größenordnung von 115,02 Mio. Euro, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 12,39 Mio. Euro sowie bei der Vergnügungssteuer von 1,49 Mio. Euro zurückzuführen. Aus den laufenden Zuwendungen, Zuweisungen und Umlagen resultieren Mehrerträge in Höhe von 22,93 Mio. Euro gegenüber der Planung. Mehrerträge gab es unter anderem bei den Schlüsselzuweisungen vom Land (+14,43 Mio. Euro), bei den Zuweisungen des Landes aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer (+4,46 Mio. Euro), den Zuweisungen des Landes für laufende Zwecke (+ 2,80 Mio. Euro) und dem Schulsachkostenbeitrag des Landes (+1,00 Mio. Euro). Demgegenüber stehen aber auch Mindererträge beim Soziallastenausgleich (-2,73 Mio. Euro).

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Beiträgen, die sonstigen Transfererträge, die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Entgelten sowie die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen und Bestandsveränderungen schließen mit nur geringfügigen Abweichungen zum Planansatz ab. Die privatrechtlichen

Leistungsentgelte weichen mit -3,34 Mio. Euro und die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen mit +3,77 Mio. Euro sowie die Zinserträge mit +1,22 Mio. Euro vom Planansatz ab.

Die sonstigen ordentlichen Erträge dagegen übersteigen den Planansatz um +7,98 Mio. Euro und belaufen sich auf 54,50 Mio. Euro. Insbesondere sind mit 9,98 Mio. Euro die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen deutlich höher ausgefallen als geplant (Planansatz 0,02 Mio. Euro).

Aufwendungen

Die vorgenannten Ertragsverbesserungen von insgesamt 161,85 Mio. Euro werden allerdings teilweise durch höhere ordentliche Aufwendungen (+11,26 Mio. Euro) kompensiert.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind mit 321,01 Mio. Euro nahezu in der Höhe des Planansatzes angefallen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fallen mit 150,80 Mio. Euro um -7,55 Mio. Euro geringer aus als geplant. Grund hierfür sind unter anderem: geringere Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen (-2,39 Mio. Euro), für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (-1,11 Mio. Euro), für die Haltung von Fahrzeugen (-0,57 Mio. Euro) sowie für Mieten und Pachten (-0,4 Mio. Euro).

Die planmäßigen Abschreibungen liegen mit 80,65 Mio. Euro um +8,26 Mio. Euro über dem Planansatz. Grund hierfür sind unter anderem investive Aktivierungen, die früher als geplant erfolgten, sowie zusätzliche Abschreibungen auf Forderungen (+1,58 Mio. Euro).

Die Zins- und ähnliche Aufwendungen überschreiten den Planansatz um +1,24 Mio. Euro. Dies ist in der Hauptsache auf den Zinseffekt der weiteren Zuführungen zu den Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für die Abfalldeponien zurück zu führen.

Zu Mehraufwendungen kommt es ebenfalls bei den Transferaufwendungen, die den Planansatz insgesamt um +4,29 Mio. Euro überschreiten. Hierzu haben insbesondere eine höhere Gewerbesteuerumlage (sie ist um 6,83 Mio. Euro höher angefallen als geplant) und eine höhere Zuführung zur Finanzausgleichsrückstellung beigetragen. Die Sozialtransferaufwendungen sind hingegen mit 197,25 Mio. Euro um -11,10 Mio. Euro geringer als geplant angefallen.

Sonderergebnis

Das Sonderergebnis 2017 schließt mit einem Überschuss von +6,41 Mio. Euro ab. Damit fällt der Überschuss des Sonderergebnisses um 4,91 Mio. Euro höher aus als geplant. Zwar sind die außerordentlichen Aufwendungen um +9,44 Mio. Euro gegenüber dem Plan angestiegen (Grund hierfür waren außerplanmäßige Abschreibungen im Zusammenhang mit der Ausbuchung von Vermögensgegenständen für die Bildung des Eigenbetriebs „Fußballstadion im Wildpark“ und des nicht gedeckten Jahresfehlbetrages der Neuen Messe Karlsruhe GmbH & Co. KG), jedoch sind auch die außerordentlichen Erträge mit 17,35 Mio. Euro um +14,35 Mio. Euro höher ausgefallen als veranschlagt. Grund hierfür sind insbesondere wesentlich höhere Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (+10,29 Mio. Euro) sowie höhere Erträge aus Auflösungen von Sonderposten (+2,75 Mio. Euro; resultiert aus diversen Anlageverkäufen (unter anderem von Grundstücken) sowie der Sanierung unter anderem von Brücken, Geh- und Radwegen).

Finanzrechnung

Der aus der Ergebnisrechnung resultierende **Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit** beträgt in 2017 233,14 Mio. Euro und liegt damit um +148,37 Mio. Euro über dem veranschlagten Überschuss. Dieser Zahlungsmittelüberschuss stand für die Deckung der Investitionstätigkeit vollständig zur Verfügung.

Im Haushaltsjahr 2017 beliefen sich die **Auszahlungen für Investitionen** auf 158,51 Mio. Euro. Veranschlagt waren dem gegenüber 184,31 Mio. Euro. Die Investitionsauszahlungen wurden im Wesentlichen in folgenden Bereichen getätigt:

- 44,39 Mio. Euro (28,00 %) Hochbau und Gebäudewirtschaft einschließlich Schulbaumaßnahmen mit 27,90 Mio. Euro
- 34,70 Mio. Euro (21,89 %) Tiefbau, insbesondere Straßenbaumaßnahmen mit 33,37 Mio. Euro
- 18,54 Mio. Euro (11,70 %) Stadtentwässerung
- 11,67 Mio. Euro (7,36 %) Feuerwehr
- 9,12 Mio. Euro (5,75 %) Schulen und Sport
- 5,99 Mio. Euro (3,80 %) Vermessung, Liegenschaften, Wohnen
- 5,01 Mio. Euro (3,16 %) Gartenbau

Die **Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit** beliefen sich 2017 auf 55,76 Mio. Euro. Sie fielen damit um 21,85 Mio. Euro höher als geplant aus. Dies war unter anderem Folge höherer Investitionszuwendungen (+4,65 Mio. Euro), höheren Beiträgen (+3,70 Mio. Euro) und höheren Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen (+12,40 Mio. Euro).

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Das **Vermögen** der Stadt Karlsruhe hatte zum 31. Dezember 2017 einen Gesamtbestand von 3,0 Mrd. Euro. Es ist damit gegenüber dem Vorjahr um 197,64 Mio. Euro angewachsen. Es setzt sich zusammen aus dem Immateriellen Vermögen (0,90 Mio. Euro), dem Sachvermögen (2,2 Mrd. Euro mit einem Zuwachs von 50,65 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr) und dem Finanzvermögen (802,02 Mio. Euro mit einem Zuwachs von 146,97 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr). Der Zuwachs beim Sachvermögen ist Folge der erhöhten Investitionstätigkeit der Stadt Karlsruhe und spiegelt sich im Wesentlichen im Bereich des Infrastrukturvermögens und der Anlagen im Bau wieder. Die Steigerung des Finanzvermögens ist vor allem auf höhere Anlagen im Bereich der Wertpapiere zurückzuführen.

Das **Eigenkapital** (ehemalige Kapitalposition) der Stadt Karlsruhe beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 2,25 Mrd. Euro. Dies stellt eine Steigerung um 190,11 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr 2016 dar. Sie ist im Wesentlichen eine Folge des Überschusses des ordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 183,86 Mio. Euro sowie des Überschusses des Sonderergebnisses 2017 von 6,41 Mio. Euro, die beide in die jeweilige Rücklage eingestellt worden sind.

Die **Sonderposten** betragen zum 31. Dezember 2017 insgesamt 402,62 Mio. Euro gegenüber 388,69 Mio. Euro zum 31. Dezember 2016. Sie setzen sich wie folgt zusammen: 299,93 Mio. Euro Sonderposten für Investitionszuwendungen, 25,33 Mio. Euro Sonderposten für Investitionsbeiträge und 77,36 Mio. Euro Sonstige Sonderposten. Im Wesentlichen haben sich die Sonstigen Sonderposten in Folge von unentgeltlichen Erwerbsvorgängen von Vermögensgegenständen wie Straßen und Plätze erhöht.

Die **Rückstellungen** weisen zum Jahresende 2017 einen Stand von 165,90 Mio. Euro aus. Die größten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich bei den Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen

(+12,91 Mio. Euro), bei den Gebührenüberschussrückstellungen (+12,53 Mio. Euro), bei der Finanzausgleichsrückstellung (+11,60 Mio. Euro), den Rückstellungen aus Steuerschuldverhältnissen (-37,16 Mio. Euro) und der

erstmals mit dem Jahresabschluss 2017 gebildeten Rückstellung für drohende Verpflichtungen aus Rechts- und Sachmängelhaftung (+8,48 Mio. Euro).

Die **Verbindlichkeiten** belaufen sich zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 253,53 Mio. Euro und fallen damit um 13,41 Mio. höher aus als im Vorjahr 2016. Dabei haben sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen in Folge entsprechender Tilgungsleistungen um 16,08 Mio. Euro auf 170,03 Mio. Euro verringert. Eine Kreditaufnahme für Investitionen erfolgte im Haushaltsjahr 2017 nicht. Es bestand zum 31. Dezember eine Verbindlichkeit aus einem Kassenkredit in Höhe von 20,00 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 2,71 Mio. Euro und die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen um 11,42 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Kennzahlen zum Jahresabschluss 2017

Verbindliche Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit nach § 54 Abs. 2 Nr. 6 GemHVO und VwV Produkt- und Kontenrahmen Anlage 28

Kennzahl ¹⁾		Ergebnis 2015	Ergebnis 2016	Ergebnis 2017	Planung 2018	Planung 2019	Planung 2020
1	2	3	4	5	6	7	8
ERTRAGSLAGE							
1. ordentliches Ergebnis							
absoluter Betrag	€	2.606.986,86	51.096.719,64	183.858.985,26	7.337.154	22.863.492	9.146.593
Betrag je Einwohner	€/EW	9	167	601	24	73	29
Aufwandsdeckungsgrad	%	100,23%	104,19%	114,68%	100,58%	101,69%	100,65%
1.1 Steuerkraft - netto -							
absoluter Betrag	€	604.167.225,34	666.884.183,06	810.559.590,86	671.922.400	736.762.561	762.906.410
Betrag je Einwohner	€/EW	2.013	2.184	2.648	2.159	2.367	2.451
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	52,74%	54,72%	64,74%	53,27%	54,52%	54,29%
1.2 Betriebsergebnis - netto -							
absoluter Betrag	€	-601.560.238,48	-615.787.463,42	-626.697.603,06	-472.020.028	-489.652.181	-516.304.761
Betrag je Einwohner	€/EW	-2.004	-2.017	-2.048	-1.517	-1.573	-1.659
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	-52,51%	-50,53%	-50,05%	-37,42%	-36,23%	-36,74%
2. Sonderergebnis							
absoluter Betrag	€	7.750.412,47	13.861.704,38	6.409.371,03	1.500.000	1.500.000	1.500.000
3. Gesamtergebnis							
absoluter Betrag	€	10.357.399,33	64.958.424,02	190.268.356,29	8.837.154	24.363.492	10.646.593
FINANZLAGE							
4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit							
absoluter Betrag	€	42.899.444,98	145.466.300,11	233.142.466,43	42.678.470	74.300.476	77.231.571
Betrag je Einwohner	€/EW	143	476	762	137	239	248
5. Mindestzahlungsmittelüberschuss							
absoluter Betrag	€	13.505.878,52	14.870.032,00	14.486.963,20	19.809.140	11.077.030	10.033.700
6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel							
absoluter Betrag	€	29.393.566,46	130.596.268,11	218.655.503,23	22.869.330	63.223.446	67.197.871
Betrag je Einwohner	€/EW	98	428	714	73	203	216
7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	19.347.799,53	20.537.043,31	21.555.721,88	22.390.102	23.175.743	24.209.725
8. liquide Eigenmittel zum Jahresende ²⁾							
absoluter Betrag	€	nicht ermittelt	nicht ermittelt	207.539.307,77	173.236.663	-146.455.200	-57.255.024
KAPITALLAGE							
9. Eigenkapital							
absoluter Betrag	€	1.992.760.050,86	2.057.842.344,31	2.247.960.051,10			
9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	1.755.729.086,70	1.755.729.086,70	1.755.729.086,70			
9.2 Eigenkapitalquote							
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	70,89%	70,78%	71,70%			
9.3 Fremdkapitalquote							
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	29,11%	29,22%	28,30%			
10. Anlagendeckung (Anlagendeckungsgrad II / Deckungsgrad B)							
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen (GPA)	%	102,28%	102,10%	108,11%			
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen (betriebswirtschaftlich)	%	99,85%	99,92%	106,19%			
11. Verschuldung (nur Geldschulden incl. Kassenkredite, keine bilanzielle Verschuldung mit Rückstellungen und weiteren Verbindlichkeiten)							
absoluter Betrag	€	229.693.333,16	188.204.359,69	192.399.765,21			
Betrag je Einwohner	€/EW	765	616	629			
11.1 Nettoneuverschuldung							
absoluter Betrag	€	34.359.620,00	-16.473.823,02	-16.290.343,32	119.958.310	38.628.840	100.059.470
12. Bilanzielle Verschuldung (incl. passivierte Rückstellungen und weiteren Verbindlichkeiten) (Kennzahl Stadt Karlsruhe)							
absoluter Betrag	€	371.200.768,50	397.704.792,98	419.423.303,86			
Betrag je Einwohner	€/EW	1.237	1.302	1.370			
13. Bilanzielle Verschuldung (incl. passivierte Rückstellungen, anteiliger Fehlbetrag des KV BW und weiteren Verbindlichkeiten) (Kennzahl Stadt Karlsruhe)							
absoluter Betrag	€	850.021.891,47	915.519.381,51	934.290.201,03			
Betrag je Einwohner	€/EW	2.832	2.998	3.053			

1) Aus welchen Konten die Kennzahlen zu ermitteln sind, wird verbindlich auf der Internetseite des Innenministeriums (www.im.baden-wuerttemberg.de) bekannt gemacht.

2) vgl. Zeile 9 in Anlage 22

Kennzahlen der Stadt Karlsruhe zum Jahresabschluss 2017

Kennzahl	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Kennzahlen zur Vermögenslage (Bilanzkennzahlen)									
Nettoinvestition (in Euro) Zugänge Anlagevermögen - Jahresabschreibungen Anlagevermögen - Abgänge Anlagevermögen	5.262.722,31	-29.432.140,23	-13.954.278,19	26.848.744,77	23.413.803,82	77.133.584,57	21.731.373,66	32.723.291,47	16.793.745,17
Reinvestitionsquote (in Prozent) (Wachstumsquote) Nettoinvestitionen*/Jahresabschreibungen auf Anlagevermögen	9,75	-52,40	-23,37	45,73	37,82	118,07	32,19	48,11	21,24
Kennzahlen zur Ertragslage									
ordentliches Jahresergebnis (in Euro)	-8.890.360,28	14.995.944,45	9.954.553,86	59.088.612,68	66.862.765,90	14.322.616,27	2.606.986,86	51.096.719,64	183.858.985,26
Eigenkapitalreichweite (in Jahre) Eigenkapital (Basis kapital + Rücklagen + Ergebnisvortrag Vorjahr + Jahresüberschuss/-Fehlbetrag) / negatives Jahresergebnis	116,92	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuerquote (in Prozent) Steuererträge/ordentliche Erträge	46,19	44,46	43,20	46,20	46,44	40,96	42,47	44,03	47,11
Personalaufwandsquote (in Prozent) (Personalintensität) Personalaufwendungen (incl. Versorgungsaufwendungen) ** / ordentliche Aufwendungen	29,07	27,87	28,07	26,41	25,95	27,29	26,10	25,58	26,14
Sach- und Dienstleistungsquote (in Prozent) (Sach- und Dienstleistungsintensität) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/ordentliche Aufwendungen	12,71	12,40	12,42	12,51	12,72	12,98	12,54	12,01	12,04
Transferaufwandsquote (in Prozent) Transferaufwendungen (ohne FAG- und Gewerbesteuerumlage)/ordentliche Aufwendungen	26,83	27,64	28,99	27,96	29,72	28,18	31,13	32,44	32,14
ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad (in Prozent) ordentliche Erträge/ordentliche Aufwendungen	99,00	101,60	101,07	105,79	106,41	101,37	100,23	104,19	114,68
Kennzahlen zur Finanzlage									
Dynamischer Verschuldungsgrad (Entschuldungsfähigkeit) Effektivverschuldung bzw. Nettoverschuldung/Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf)	6,85	33,29	3,76	0,92	1,17	8,65	5,36	1,55	0,92
Nettoneverschuldung (in Euro) Einzahlungen aus der Kreditaufnahme + Auszahlungen für die Tilgung von Krediten (jeweils ohne Ein- und Auszahlungen i. Z. mit der Darlehensgewährung)	-15.961.099,75	3.277.688,23	7.925.757,36	-12.924.314,99	-13.890.937,28	38.804.980,34	34.502.206,48	-16.276.391,73	-16.356.033,78

* Nettoinvestitionen= Zugänge Anlagevermögen - Jahresabschreibungen Anlagevermögen - Abgänge Anlagevermögen

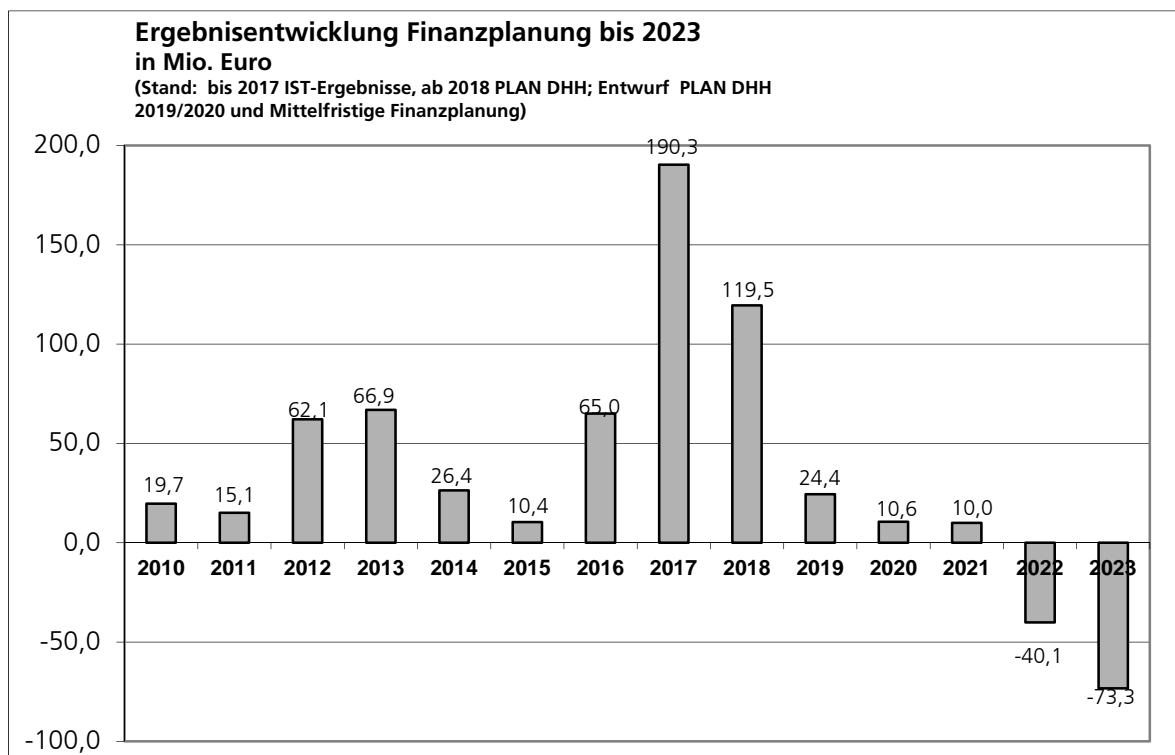
** incl. Rückstellungsaufwendungen

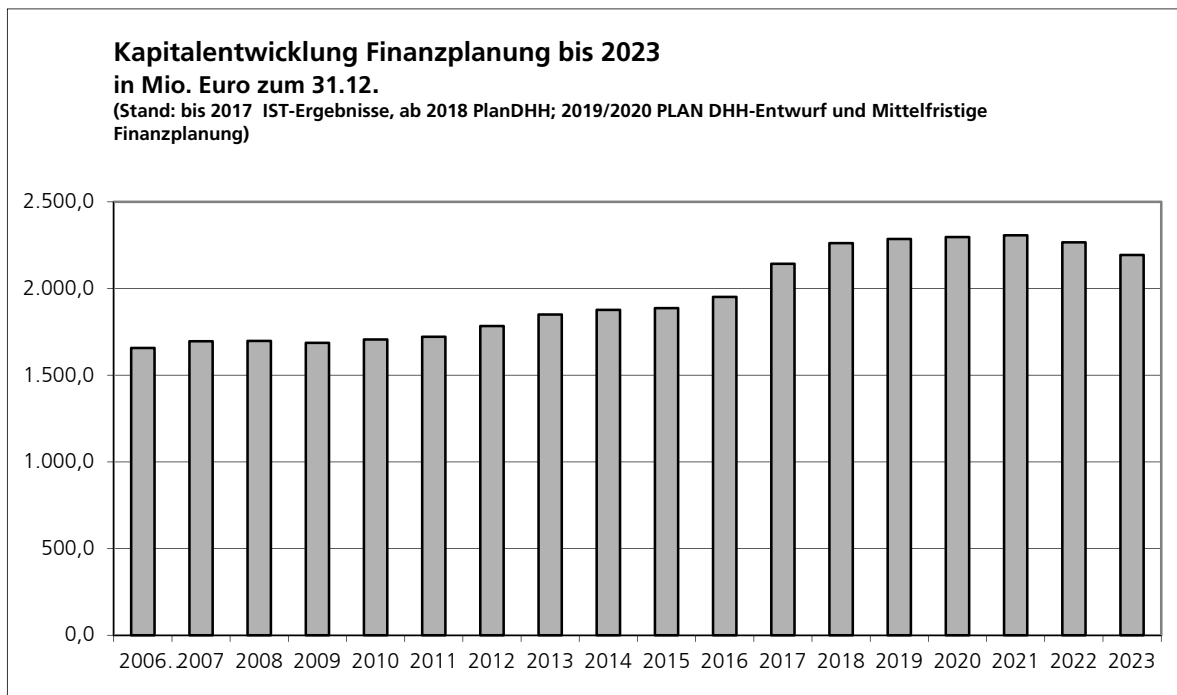
6.3 Prognose im Finanzplanungszeitraum

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres für das Haushaltsjahr 2017 eingetreten sind, sind nicht bekannt.

Entwicklung des Ergebnisses und des Kapitals

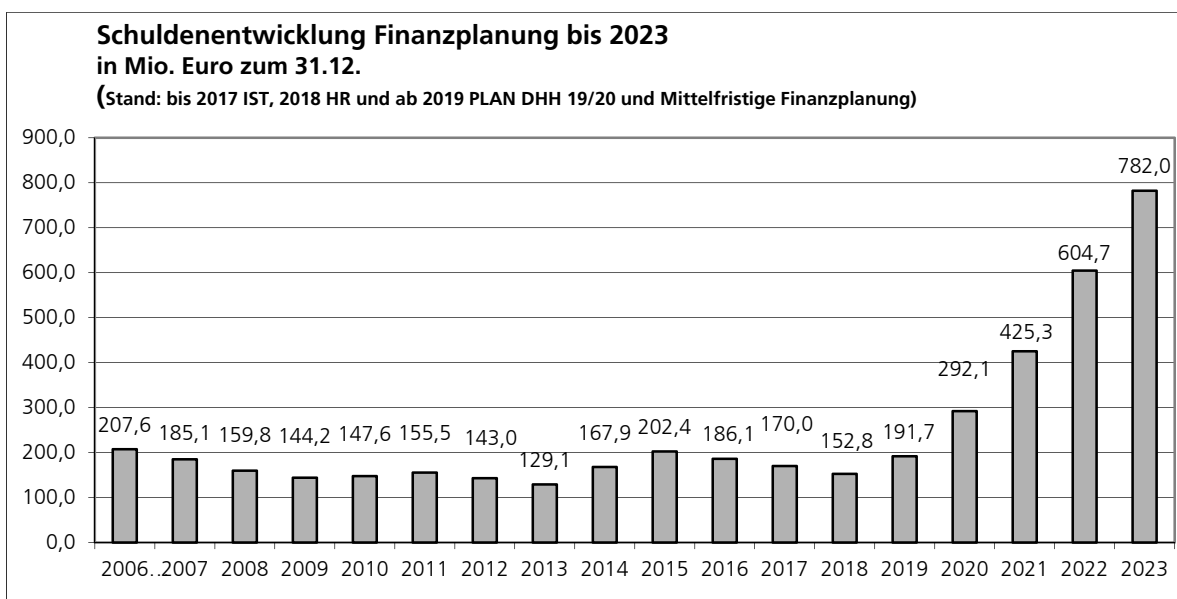
Der Kapitalausstattung im NKHR kommt eine besondere Bedeutung zu, da sich der Saldo der Ergebnisrechnung (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) auf das Kapital auswirkt. Die Entwicklung des Kapitals liefert Hinweise auf die Stabilität der Haushaltswirtschaft und ist ein Kriterium für den Haushaltsausgleich. Im Jahr 2017 war der Haushalt durch das positive Jahresergebnis ausgeglichen. Ebenso werden die Haushaltsjahre 2018 bis 2021 aus heutiger Sicht ausgeglichen abschließen. Die für die Jahre 2022 und 2023 aktuell eingeplanten Fehlbeträge müssen über weitere Maßnahmen im Rahmen des Haushaltsstabilisierungsprozesses möglichst aufgefangen werden.





Entwicklung der Investitionsverbindlichkeiten

Mit der Vorstellung des voraussichtlichen Investitionsbedarfes bis zum Jahr 2025 zeichnete sich bereits in 2014 ab, welche enormen Herausforderungen die Stadt Karlsruhe in den künftigen Jahren zu bewältigen haben wird. Dass eine plan- und routinemäßige Abarbeitung dieses enormen Investitionspaketes nicht reibungslos umsetzbar ist, wurde seitdem immer stärker deutlich. Aktuell wurden aus dem Haushaltsjahr 2017 insgesamt 93,5 Mio. Euro als Haushaltsermächtigungen nach 2018 übertragen, die entsprechende Kreditermächtigung aus 2017 in Höhe von 77 Mio. Euro steht in 2018 noch vollständig zur Verfügung. Aufgrund der guten Liquiditätsentwicklung wird in 2018 keine Aufnahme von Investitionsverbindlichkeiten erfolgen. Die aktuelle Prognose für 2018 lässt auch zum Jahresende überschüssige finanzielle Mittel erwarten, die in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 für Investitionen zur Verfügung stehen. Im anstehenden Doppelhaushalt 2019/2020 ist bei einer Investitionssumme von rund 550 Mio. Euro eine anteilige externe Finanzierung in beiden Jahren zusammen von brutto 160,1 Mio. Euro geplant. Da in den Jahren 2021 bis 2023 die überschüssige Liquidität aus Vorjahren aufgebraucht sein wird und die Liquiditätsüberschüsse aus dem Ergebnishaushalt sich verringern, steigen bei annähernd gleichbleibender Investitionsnotwendigkeiten die externe Verbindlichkeiten signifikant an.



Positive Entwicklungen und mögliche Risiken

Die kommunale Haushaltswirtschaft ist in starkem Maße von externen Einflussgrößen, insbesondere durch lokale sozioökonomische Bedingungen, durch konjunkturelle Entwicklungen und durch staatliche Eingriffe beeinflusst. Die kommunale Einflussnahme ist hierbei nur in Teilen gegeben. Daher ist kommunales Handeln so auszurichten, dass alle Entscheidungen mit strukturellen Folgekosten (Betriebskosten beziehungsweise Finanzierung und Werteverzehr aus Investitionen) durch langfristig erzielbare Einnahmepotentiale oder durch strukturelle Aufwandsreduzierungen ausgeglichen werden.

Wesentliche Risiken im kommunalen Handlungsfeld

Seitens der Verwaltungsführung wurde ein **Risikomanagementprojekt** mit dem Ziel gestartet, eine für städtische Dienststellen verbindliche Handlungsanweisung zu erarbeiten. Den Dienststellen soll die aktuelle Rechtsituation (inklusive haftungs-, straf- und versicherungsrechtliche Fragen) dargestellt sowie die Möglichkeit gegeben werden, selbst eine Risikoanalyse durchzuführen und im Rahmen ihrer örtlichen Zuständigkeit ein örtliches Risikomanagement aufzubauen. Risiken sollen aufgezeigt und minimiert werden. Gleichzeitig soll das Risikomanagement einen Beitrag zur Effizienz- und Effektivitätssteigerung des eigenen Arbeitens leisten. Mit der nunmehr erfolgten Besetzung der Stelle ist wichtiger Schritt in Richtung „Risikosteuerung“ getan.

Die Haushaltsplanung kann nicht alle **Risiken** mit finanziellen Auswirkungen einer Kommune abbilden. Aus diesem Grund erfolgt jährlich eine Berichterstattung in der Strukturkommission. Nachfolgende finanzielle Risiken können bei einem möglichen Eintritt das Gesamtergebnis im jeweiligen Haushaltsjahr wesentlich verändern:

- Erschwerte Personalgewinnung/unbesetzte Stellen gefährden die Aufgabenerfüllung im Finanzbereich
- Verpflichtung der Stadt als Gesellschafterin von Beteiligungsgesellschaften
- Steuerbelange der „Stadt als Steuerschuldnerin“ bei der Zuschussgewährung und bei der Umsatzbesteuerung
- Aufwendungen für Jugend und Soziales (inklusive Kindertageseinrichtungen)
- Aufwendungen für Personal und Versorgung (inklusive keine Kapitaldeckung für künftige Pensionen)
- Neuordnung kommunaler Finanzausgleich in Baden-Württemberg im Zuge der Umsetzung des Koalitionsvertrages zu Lasten der Kommunen/Schuldenbremse des Landes ab 2020
- Keine oder teilweise entfallende finanzielle Entlastung der Kommunen durch das „Bundesteilhabegesetz“
- Finanzrelevante Entscheidungen der Kommune ohne dauerhafte fristenkongruente Gegenfinanzierung
- Konjunkturell bedingter Einbruch der Bundeszuweisungen (Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer)
- Das eingesetzte SAP-System ist nicht mehr aktuell, kommunalmasterkompatibel und rechtskonform
- Allgemeine Gewerbesteuer-Branchenrisiken und Abhängigkeit von großen Steuerzahlern